

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Friesenheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Dienstag, den 27.06.2017
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Friesenheim, Luitpoldstr. 48

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Günther Henkel

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Christian Schreider

Eva Kraut

Volker Becker

Jenny Beyer

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Constanze Kraus

Dr. Reinhard Herzog

Willi Renner

Heidemarie Gebhardt-Cordero Canal

Nicole Rottermann

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Hans-Jürgen Ehlers

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Sven Lieblang

Schriftführer/in

Sheila Krall

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Christian Ehlers

Entschuldigt fehlten:

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Silke Hirtenjohann

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Egbert Fecht

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Hans-Henning Kleb

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Barbara Ehlers

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Gemeinsamer Antrag der Ortsbeiratsfraktionen SPD und CDU
Lärmschutz vor Güterzügen
Vorlage: 20174458
4. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zum Ausbau der Linie 10
Vorlage: 20174445
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrssicherheit Neuwiesenstraße/Teichgasse
Vorlage: 20174456
6. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Fußgänger- und Radfahrersicherheit Brunckstraße
Vorlage: 20174455
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Lückenschluss des Fahrradwegs in der Carl-Bosch-Straße
Vorlage: 20174454
8. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Sanierung der Kassenhäuschen und der Pergola am Haupteingang des
Ebertparks, sowie notdürftige Dachabdeckung mit Planen
Vorlage: 20174443
9. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung einer Bank im Ebertpark zwischen Sternstraße und der Querung an der
Eberthalle
Vorlage: 20174453
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sanktionen gegen Müllsünder
Vorlage: 20174457
11. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Aufhängung der Müllbehälter entlang des Ebertparks in der Erzbergerstraße
Vorlage: 20174452
12. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Maßnahmen gegen das zunehmende Parken von gewerblichen Fahrzeugen im Bereich
der öffentlichen Parkplätze im Ortsbezirk
Vorlage: 20174442

13. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Boden der Aula des Max-Planck-Gymnasiums
Vorlage: 20174441
14. Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Barrierefreier Ausbau von Wegen und Straßen im Ortsbezirk
Vorlage: 20174446

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Friesenheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Günther Henkel begrüßte die Ortsbeiratsmitglieder, die Vertreter der Bürgerschaft und der Presse.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Dem Ortsvorsteher lagen keine Einwohneranfragen vor und auch von der Bürgerschaft im Saal meldete sich niemand zu Wort.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Günther Henkel begann seinen Bericht mit einer von den FWG/Grünen gestellten Anfrage betreffend des Fußwegs zwischen Concordia- und Freibad Parkplatz. Die Planung ist abgeschlossen und wird in Auftrag gegeben.

Des Weiteren erläuterte er zu dem Thema Tempo 30 dass eine Gesetzesinitiative und Planungen zu diesem Thema vor Kindertagesstätten gibt und in der Erzbergerstraße vor der Kita auch der Straßenüberweg so gestaltet werden soll, das Tempo 30 eingehalten werden muss. Es gab einen Hinweis auf defekte Bänke der Ruprechtschule, welche nächste Woche repariert sein sollten.

Herr Henkel beendete seinen Bericht mit dem Hinweis auf die von der Rheinpfalz ausgeteilten Briefe mit einer Umfrage betreff der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Nach vorheriger Unterredung mit den Fraktionen erklärte Herr Henkel, dass der Ortsbeirat Friesenheim den Fragebogen nicht ausfüllen wird, welches er in einem Brief an Herrn Gierescher von der Rheinpfalz erläuterte. Siehe Anhang.

Anhang: Brief an Herrn Gierescher

Sehr geehrter Herr Gierescher,

der OBR Friesenheim hat sich entschieden, ihren Fragenkatalog nicht zu beantworten.

Wir erkennen sehr wohl den positiven Ansatz mit dieser Aktion die Ortsbeiräte in ihrem Wirken gegenüber der Stadtverwaltung unterstützen zu wollen.

Und ja, die Ortsbeiräte sind oftmals nicht zufrieden mit den Antworten der Stadtverwaltung auf die Anträge und Anfragen.

Aber wir sind der Meinung, dass sich hinter dieser unerfreulichen Situation eine sehr komplexe Struktur versteckt, die durch eine wenige Fragen nicht auch nur annähernd erhellet werden kann.

Dieser Weg über die Presse hätte unserer Meinung nach die Wirkung, dass die Probleme an Personen festgemacht werden würde. Dies könnte als eine Art Bashing verstanden werden. Es ist unserer Meinung nach aber ein Problem der Prozesse und Abläufe, die zu diesen Problemen führen. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind in aller Regel gewillt uns zu helfen. Eine Kritik in ihre Richtung wäre zu kurz gegriffen und würde die an sich gute Zusammenarbeit eher belasten als befördern.

Lassen sie mich einige Aspekte aufzählen.

Wie werden die Anträge und Anfragen von 10 Ortsbeiräten für 5 bis 6 Sitzungen im Jahr in die Verwaltung eingebracht?

Fangen wir von vorne an. Der Bürger sieht ein Problem. Er reflektiert nicht über Frage wo die verwaltungstechnische Relevanz bei diesem Problem liegt, Er will einfach nur sein Anliegen vorbringen. Der Ortsbeirat, - Ehrenamtler, nicht geschult, die Verwaltungsstruktur nicht kennend -, versucht jetzt einen Antrag zu formulieren. In Prosa versteht sich. Die Sprache und Systematik der Verwaltung ist eine Fachsprache und muss erst im Laufe von Monaten bis Jahren erlernt werden.

Je kleiner die Fraktion und die dahinter stehenden Parteistrukturen, umso länger dauert dieser Lernprozess.

Die Verteilung der Anträge. Eine Mitarbeiterin nimmt eine Sichtung der Anträge vor und muss entscheiden an wen in der Verwaltung diese Fragestellung angehen könnte. Da hier der weitgehendste Interpretationsspielraum angelegt wird, erfolgt meist eine breite Verteilung. Oft wird von den Sachbearbeitern schnell erkannt, dass sie der falsche Ansprechpartner sind. Also ist die Antwort entsprechend knapp. Dann gibt es Antworten, die man im Antrag vermuten kann, aber nicht in der Intention des Antragstellers sind. Ein mündliches Nachfragen ist im Prozess so nicht vorgesehen.

Es kann also eine Reihe von Antworten geben, die für sich gesehen in Ordnung sind aber das Problem nur zum Teil treffen. Dann kommt oft die Tagesform hinzu. Die Ernsthaftigkeit beim Antragsteller anzuerkennen, wenn es das eigene Sachgebiet nicht so richtig trifft ist nicht immer gegeben.

Dann kommen die Antworten oft sehr spät. Eine Nachfrage die Sachverhalte klären könnte ist dann nicht mehr möglich. Also steht die Antwort im Raum und muss dann zurück übersetzt werden in die Prosa des Alltags. Und wieder gibt es Unschärfen.

zu 3 Gemeinsamer Antrag der Ortsbeiratsfraktionen SPD und CDU Lärmschutz vor Güterzügen

In der Stellungnahme der Verwaltung, Bereich Umwelt, werden die räumliche Situation sowie die Rechtslage, verbunden mit der Frage der Finanzierung möglicher Lärmschutzmaßnahmen als sehr schwierig dargestellt. Daher schlägt die Verwaltung einen §Fakten-Check-Termin§ in großer Runde nach den Herbstferien vor. D.h. unter Beteiligung der Bahn, BAST etc. und Leitung des Bau- und Umweltdezernenten.

Herr Ehlers, Sprecher der FWG/Grüne-Fraktion, meldete sich wie folgt zu Wort:

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher, sehr geehrte Anwesende, zunächst möchte ich klarstellen, dass die FWG alle Bemühungen unterstützen wird, die zu einem verbesserten Lärmschutz für die Anwohner entlang der Bahnstrecken im Ortsbezirk führen.

Allerdings sind wir sehr verwundert darüber, dass die beiden Antrag stellenden Fraktionen Freie Wähler, FDP und auch die Grünen nicht mit in den Antrag einbezogen haben, die in der Vergangenheit durchaus konstruktive Vorschläge zum Lärmschutz bezgl. Des KVT als auch in den Ziegelgärten gemacht haben.

Statt einer großen, wäre unserer Auffassung nach zunächst eine kleinere Arbeitsgruppe sinnvoll gewesen, in der die Ideen und Argumente aller Ortsbeiräte sowie der Stadträte des Stadtteils zu diesem wichtigen Thema erst gemeinsam diskutiert und dann gebündelt worden wären.

Das Thema beschäftigt den Ortsbeirat nun mehr über 15 Jahre, diverse Anwohnerversammlungen wurden bereits durchgeführt und seitens der Bahn vollmundige Versprechungen gemacht. Passiert ist in Friesenheim allerdings sehr wenig. Ob nun der Antrag in dieser Form geeignet, die notwendige Diskussion zum Lärmschutz in eine konstruktive Richtung zu lenken, muss sich erst noch zeigen.

Zumal unserer Auffassung nach in der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe ein wichtiger Gesprächspartner fehlt, nämlich die im Antrag namentlich genannte BASF SE.

Nachdem die Deutsche Bahn bereits in der Vergangenheit festgestellt hat, dass höhe Lärmschutzwände im Bereich der Friesenheimer Gleisanlagen nicht realisierbar sind, muss heute der Fokus darauf liegen die Züge leiser zu machen.

Die BASF selbst hat dazu bereits direkt einsetzbare Produkte allein oder mit Industriepartnern entwickelt. So vertreibt der Chemieriese über seine Tochtergesellschaft RELIUS das Radkranzbeschichtungssystem „Relest Protect Wheel“, das nachweislich zu verringerten Schallemissionen bei Zugrädern führt. Außerdem Wird mit dem Überzug eine höhere mechanische und chemische Belastbarkeit der Metallräder erreicht, was bei täglichen Gefähr-

guttransporten sicherlich auch ein Thema beim Anwohnerschutz ist. Die entstehenden Kosten liegen laut Werbeartikel übrigens bei gerade einmal 100 € pro Radsatz.

Zudem stellt die Firma Getzner in Kooperation mit der BASF aus Polyurethan spezielle Schallschutzmatten für Züge und Bahnen her und wirbt sogar damit, dass sie (Zitat) „vor 30 Jahren in enger Zusammenarbeit mit der BASF einen Teilabschnitt der Ludwigshafener Stadtbahn mit ihren Unterschottermatten ausgerüstet hat“. Inzwischen wurden die Matten weiterentwickelt und kommen u.a. zur Schalldämpfung bei Bahnstrecken in der Schweiz zum Einsatz

Die beiden Beispiele zeigen, dass die BASF der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe durchaus einige Impulse zum Lärmschutz geben könnte. Da aufgrund gesetzlicher Vorgaben ab Dezember 2020 ein verbindlicher Schallemissionswert für Güterwagen festgelegt werden wird, ist sowieso davon auszugehen, dass die Industrie an pragmatischen Lösungen zum regionalen Schallschutz großes Interesse hat, da sonst Bußgelder drohen.

Daher stellen wir hiermit den Ergänzungsantrag, dass sich die Stadtverwaltung zusätzlich für die Mitarbeit der BASF SE im vorgeschlagenen Gremium einsetzt.

Inwieweit der weitere Einbau von niedrigen Gabionenwänden (Standardmaß 76 cm) samt Unterschottermatten entlang der Friesenheimer Gleisanlage sinnvoll wäre, lässt sich sicherlich anhand der Ergebnisse des Pilotprojekts in Edigheim ablesen.

In jedem Fall würden wir eine Evaluierung der in den letzten 10 Jahren vorgenommenen Schallschutzmaßnahmen durch neue Lärm- und Erschütterungsmessungen innerhalb und außerhalb von Wohngebäuden entlang des mehrgleisigen Bahnkörpers zwischen Oggersheim und Friesenheim begrüßen – sofern aktuelle Daten noch nicht vorliegen. Dies auch um die inzwischen gestiegene Belastung durch den Ausbau des KVT genau zu dokumentieren. Eine Entscheidung zusätzlicher Maßnahmen aufgrund veralteter Messdaten wäre nicht zielführend.

Unsere Zustimmung zum Antrag werden wir daher von der von uns gewünschten Erweiterung des Antrages bezüglich der Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie den o.a. unabhängigen Lärmmessungen im Auftrag der Stadt abhängig machen.

Ein kompaktes arbeitsfähiges Gremium wurde befürwortete. Der Ergänzungsantrag der FWG wurde einstimmig angenommen. Dieser wird dem Antrag der CDU/SPD angehängt. Diesem Hauptantrag wurde dann einstimmig zugestimmt.

zu 4 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion Sachstand zum Ausbau der Linie 10

In dem sehr ausführlichen Bericht des Bereichs Tiefbau der Verwaltung wurde auf die bisherige bzw. geplante Abwicklung hingewiesen. Demnach wurde im Herbst 2016 eine umfassender Bürger- und Anliegerbeteiligung durchgeführt. Damals ging man davon aus, dass die Planung größtenteils akzeptierter wird und die Verwaltung die Entwürfe und Pläne zu den Planverfahren bis Ende 2015 einreicht, im Jahr 2016 die Zuschuss- und Planfeststellungsverfahren durchführt und Ende 2017 mit dem Umbau an der Straßen und Schienenanlagen beginnen könnte. Diese Arbeiten sollten parallel zu denen am Kanal- und Versorgungsnetz durchgeführt werden.

Im Jahr 2015 kam es jedoch durch den Beteiligungsprozess der Bürger im Bereich der Hohenzollernstraße zu mehreren Planänderungen (Umplanung, Abstimmung mit den Fachbe-

hörden usw.). Nachdem die aktualisierten Pläne den Anliegern im März 2016 erneut vorgestellt werden konnten konnte die Verwaltung die Zuwendungsanträge fertig stellen und einreichen. Dies erfolgte für Alt-Friesenheim im August 2016 und für die Hohenzollernstraße, durch die erwähnten Umplanungen in größerem Ausmaß im Januar 2017. Also für Alt-Friesenheim eine Verzögerung von 9 Monaten und 12 Monate bei der Hohenzollernstraße durch die umfassende Bürgerbeteiligung und die sich daraus ergebende Planungsaktualisierung.

Eine abschließende Bearbeitung der Zuschussanträge erfolgt nach Mitteilung des Landes grundsätzlich nach Abschluss des jeweiligen Rechtsverfahrens.

Nach Einschätzung der Verwaltung handelt es sich seitens des Landes um ein komplexes Verfahren mit – in Ludwigshafen – erstmaliger Einbindung des Landesrechnungshofes. Für die Stadt ist daher die Dauer des Verfahrens nicht kalkulierbar. Die Zuschussfrage ist seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau zu beantworten, die Planverfahren vom LBM (landesbetrieb Mobilität) durchzuführen. Die Verwaltung hofft, dass sich die umfassende Bürgerbeteiligung und die Vorabstimmungen der Planung mit den Landesbehörden positiv auf die Laufzeit der Planverfahren auswirken.

Sollten die Planverfahren im ersten Quartal 2018 abgeschlossen und die Zuschussfrage zeitgleich geklärt sein, könnte ein Beginn der Gleis- und Straßenarbeiten im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

Die in der Begründung des Antrages gestellte Anfrage nach einem alternativen ÖPNV-Konzept beantwortet die Verwaltung wie folgt.

Bereits in dem Gutachten „ÖPNV-Konzept für die Erschließung und Anbindung des Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim“ aus dem Jahr 2005 wurden verschiedene Alternativbetrachtungen untersucht. Neben diversen Stadtbahnvarianten war die auch der Einsatz von Bussen als Alternative zur Stadtbahn.

Insgesamt wurden neben 6 Stadtbahnvarianten auch 4 Busvarianten zwischen dem Berliner Platz und alt-Friesenheim sowie eine Mischvariante, bei welcher der Stadtbahnbetrieb bis zum Ebertpark vorgesehen war und die danach folgenden Haltestellen mit Bussen angegliedert werden sollten, betrachtet.

Als Resümee empfahl der Gutachter den Erhalt der Schienenverkehrsanbindung.

Dieser Empfehlung schloss sich der Bau- und Grundstücksausschuss an und der Stadtrat fasste in seiner Sitzung am 26.09.2005 die Grundsatzentscheidung, dass die Schienenverkehrsanbindung von Friesenheim erhalten werden soll.

Aus diesem Grunde wurden die Busvarianten in der Folge nicht weiter verfolgt.

zu 5 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Verkehrssicherheit Neuwiesenstraße/Teichgasse

Zur allgemeinen Zufriedenheit wurde in der Stellungnahme des Bereichs Stadtentwässerung und Straßenunterhalt die Beseitigung der Unfallgefahren in der Neuwiesenstraße/Teichgasse bestätigt.

**zu 6 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Fußgänger- und Radfahrersicherheit Brunckstraße**

Da die Verwaltung in der Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung keine Notwendigkeit für eine Veränderung des Radwegs in der Brunckstraße sieht, ist von der Fraktion FWG/Grüne ein genauer geschilderter und erweiterter Antrag zu diesem Thema angedacht.

**zu 7 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Lückenschluss des Fahrradwegs in der Carl-Bosch-Straße**

Die im Antrag bemängelte unsichere Führung bzw. fehlende Einleitung des Radverkehrs auf die Fahrbahn der Carl-Bosch-Straße nach der Einmündung Brunckstraße wird laut Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung teilweise durch Falschparker verursacht. Die Verwaltung wird die Situation vor Ort prüfen und bei Bedarf auch entsprechende Lösungsvorschläge zur Verbesserung aufzeigen. Über das Ergebnis wird der Ortsbeirat vom Bereich informiert.

**zu 8 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand Sanierung der Kassenhäuschen und der Pergola am Haupteingang des Ebertparks, sowie notdürftige Dachabdeckung mit Planen**

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe erwähnt in seiner Stellungnahme dass das Kassenhäuschen ständiges Ziel von Vandalismus ist. Obwohl die Glasscheiben durch Kunststoffscheiben ersetzt wurden, werde diese trotzdem mitsamt der Sprossenhalterung eingetreten und damit zerstört. Die Verwaltung ist dabei eine Konzeption der Neugestaltung des Eingangsbereiches in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege zu erarbeiten. Der Ortsvorsteher wird über das Ergebnis informiert und die Vorgehensweise mit ihm abgestimmt.

**zu 9 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung einer Bank im Ebertpark zwischen Sternstraße und der Querung an der Eberthalle**

Laut Stellungnahme des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe wird in diesem Jahr in dem Abschnitt der Wegebelag erneuert. Die Verwaltung wird den neuen Vorschlag aufnehmen und für die kommende Beauftragung von Bänken prüfen.

**zu 10 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Sanktionen gegen Müllsünder**

Die Stellungnahme des Bereichs Umwelt war sehr ausführlich. Demnach wurden im Jahr 2015 158 illegale Müllentsorgungen, davon konnte bei 133 Verfahren kein Verursacher festgestellt werden. 2016 waren es 122 Verfahren, wobei bei 108 kein Verursacher ermittelt wurde und bis zum 20.06.17 waren es 64 Verfahren, dort konnten bei 58 Fällen keine Verursacher ermittelt werden. Von Seite des Bereichs kann nicht mitgeteilt werden, ob noch zusätzlich Strafverfahren durchgeführt wurden. In den Fällen der illegalen Abfallentsorgung wird immer versucht einen Verursacher festzustellen. Sofern dies erfolgt ist, wird ein Ordnungswidrigkeitsverfahren durchgeführt. Das waren in 2015 25, 2016 14 und 17 bisher 6 Fälle.

Die Parteien nahmen die Stellungnahme zur Kenntnis.

**zu 11 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Aufhängung der Müllbehälter entlang des Ebertparks in der Erzbergerstraße**

In der Stellungnahme der Verwaltung Bereich Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik sollten nach Prüfung drei Papierkörbe an den Zugängen zum Ebertpark und Zufahrten zum Parkplatz der Eberthalle neu installiert werden, was zum 27.06.17 bereits geschehen war.

**zu 12 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Maßnahmen gegen das zunehmende Parken von gewerblichen Fahrzeugen
im Bereich der öffentlichen Parkplätze im Ortsbezirk**

Die Stellungnahme der Verwaltung, Bereich Straßenverkehr, lautet wie folgt:

Der Stadtteil Friesenheim ist nach wie vor Bestandteil der Verkehrsüberwachung der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Eine Überwachung des ruhenden Verkehrs ist somit gewährleistet.

Im Bereich des Otto-Buckel-Platzes wird das Parken von Kraftfahrzeugen mittels Zusatzzeichen 1048-10 zu VZ314 auf PKW beschränkt.

Bei der Definition von PKW kommt es auf die Gewichtsklasse (hier bis 3,5 Tonnen) an. Somit ist nach § 12/3 Absatz 8e STVO das Abstellen von anderen Fahrzeugarten, wie auf dem Zusatzzeichen abgebildet, verboten.

Im Zeitraum vom 29.06.2016 bis 24.05.2017 wurden diesbezüglich 35 gebührenpflichtige Verwarnungen ausgestellt.

Der Otto-Buckel-Platz wird auch zukünftig auf die Einhaltung der Parkbeschilderung überprüft.

Beider Parksituation im Bereich der Homburger Straße und der Blieskasteler Straße verhält es sich anders.

Die Aussage, dass das Abstellen von „Sprintern“ nach § 12 STVO unzulässig sei, ist falsch. Wenn KFZ so abgestellt sind, dass gleichzeitig mehrere Parkstände beansprucht werden, stellt dies ein ordnungswidriges Parken dar und wird vom Überwachungspersonal geahndet

Dabei ist auch die Abstelldauer unerheblich, sofern das Fahrzeug zugelassen ist. Es auch unerheblich ob es sich um Personenkraftwagen oder um gewerbliche Kleintransporter handelt.

Die genannten Örtlichkeiten sind auch Bestandteil unserer Streifenplanung und unterliegen wie alle anderen öffentlichen Plätze im Bezirk Frisenheim unserer Überwachung.

**zu 13 Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
 Boden der Aula des Max-Planck-Gymnasiums**

In der Stellungnahme des Bereichs Gebäudemanagement wird erwähnt, dass durch eine Einregenstelle ein Bereich von ca. 2,0 m² im Eingangsbereich beschädigt wurde. Die Dachreparaturen und die Reparatur des Parkettbodens wurden bereits beauftragt. Die Reparaturen sollten in den nächsten Tagen durchgeführt werden. Da die Schadstelle sich im Eingangsbereich der Aula befindet, sind die Nutzungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt. Bezüglich der Reparatur waren die Parteien sich einig nachzufragen ob diese auch durchgeführt wurden.

**zu 14 Anfrage der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
 Barrierefreier Ausbau von Wegen und Straßen im Ortsbezirk**

Die Anfrage wurde vom Bereich Tiefbau beantwortet. In der Stellungnahme auf Frage 1: Welche finanziellen Mitteln stehen in den beiden aktuellen Haushaltsjahren für Maßnahmen zur Verfügung, wird erwähnt, dass im Haushaltsplan keine Mittel zur Verfügung stehen. Der Bereich bittet den Ortsbeirat eine Projektliste für vorrangige Baumaßnahmen zu Bordsteinabsenkungen vorzuschlagen. Die Mittel wären für den Nachtragshaushalt anzumelden.

Die Absenkung der Borsteine am Einmündungsbereich der Carl-Clemm-Str. in die Kopernikusstraße konnte nicht im Rahmen einer TWL Maßnahme erbracht werden, da sie nicht innerhalb des Baufeldes der TWL liegt. Diese Absenkung wäre daher als eigenständige Maßnahme zu beantragen, wie in der Stellungnahme der 1 Frage erwähnt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 17:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.07.2017

Sheila Krall
Schriftführer

Günther Henkel
Vorsitzende/r